

presse

Kahlschlag beim Gründungszuschuss verheerend – Frauen besonders hart betroffen

Zur aktuellen Studie des IAB (2/2012) zum Gründungszuschuss erklärt die stellvertretende arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast:

Frauen verdienen auch nach einer Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit deutlich weniger als Männer. Deshalb sind sie vom Kahlschlag der schwarz-gelben Bundesregierung beim Förderinstrument Gründungszuschuss besonders hart betroffen. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die 70 Prozent Kürzungen bei der Förderung von Existenzgründungen zurückzunehmen, erklärt Katja Mast.

Frauen verdienen auch nach einer Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit deutlich weniger als Männer. Deshalb sind sie vom Kahlschlag der schwarz-gelben Bundesregierung beim Förderinstrument Gründungszuschuss besonders hart betroffen. Dies lässt sich aus dem Kurzbericht des IAB ableiten.

Frauen haben 19 Monaten nach ihrer Vollzeitgründung zwischen rund 500 Euro im Osten und rund 900 Euro im Westen weniger Nettoeinkommen als Männer. Da besonders die Anfangsphase in der Gründung einkommensschwach und damit entscheidend für die Gründung insgesamt ist, sind Frauen von der Politik der Arbeitsministerin von der Leyen besonders hart betroffen. Denn ihnen stehen nun nur noch sechs statt bisher neun Monate die Höhe des Arbeitslosengeldes zur Verfügung.

Aus der Praxis häufen sich Rückmeldungen, auch aus Gründerinnenzentren, dass Frauen immer häufiger eine Förderung ganz abgelehnt bekommen, obwohl sie die fachliche Voraussetzungen erfüllen. So haben beispielsweise arbeitslose Friseurinnen kaum noch eine Chance auf Förderung ihrer Selbstständigkeit. Hinzu kommt, dass sie ohne Gründungszuschuss auch keinen Anspruch auf das gut ausgestattete Programm der KfW-Bank "Gründungscoaching Deutschland - Gründungen aus der Arbeitslosigkeit" haben.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die 70 Prozent Kürzungen bei der Förderung von Existenzgründungen zurückzunehmen und das Gründungscoaching für alle Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.